

Jenaer Erklärung - Weckruf: Thüringen ist abgehängt – mehr Soziale Marktwirtschaft für die Stärkung des Wirtschaftsstandorts

BESCHLUSS DES 35. LANDESMITTELSTANDSTAGES DER MIT THÜRINGEN AM 09. 11.2024

Die MIT-Thüringen fordert den CDU-Landesvorsitzenden Prof. Dr. Mario Voigt und den CDU Landesvorstand auf, sich bei der Bildung der Landesregierung für den Thüringer Mittelstand und die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Thüringen einzusetzen.

Die MIT-Thüringen fordert die Thüringer MIT-Mitglieder aus dem MIT-Bundesvorstand, der CDU-Bundestagsfraktion und des EU-Parlaments auf, sich auch auf EU- und Bundesebene für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Thüringen auf der Basis der Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft einzusetzen.

Begründung

Die fetten Jahre sind vorbei. Deutschland und insbesondere Thüringen stecken in einer Krise, die nicht nur konjunktureller Natur ist.

Die Thüringer Industrie hat mit einer schleppenden Auftragsentwicklung zu kämpfen. Hinzu kommen hohe Kosten für Energie und zu viel Bürokratie. Nur etwa 19 Prozent der Betriebe berichten von einer guten Geschäftslage – weniger waren es zuletzt nur während der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009. Das Thüringer Bruttoinlandsprodukt ist im 1. Halbjahr 2024 gegenüber dem 1. Halbjahr 2023 um 1,2% gefallen (Deutschland 0,2%) und liegt damit deutschlandweit auf dem vorletzten Platz.

Auf Bundes- und Landesebene wurde zu wenig dafür getan, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Es wurde zu viel Geld in den Ausbau sozialer Leistungen gesteckt, die künftige Generationen belasten und Arbeit in Deutschland und Thüringen teurer machen. Die Tragfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme insbesondere des Rentensystems wurde nicht ausreichend gesichert. Das Bürgergeld muss dringend reformiert werden.

In der Energie- und Klimapolitik leistet sich unser Land einen Dirigismus, der Verbraucherpreise nach oben treibt, die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen, Familien und Mittelstand teuer zu stehen kommt und innovative Kräfte lähmt. Es wurde versäumt, die Kräfte und Ideen des Wettbewerbs ausreichend für mehr Klimaschutz zu entfalten.

Wir wollen mit Klimaschutz ein wettbewerbsfähiges Industrieland bleiben. Wer Klimaschutz mit Verboten und Steuern organisiert, riskiert nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch große Teile der Produktion. Laut DIHK steigt die Zahl der Industriebetriebe, die Produktionseinschränkungen oder eine Abwanderung ins Ausland erwägen kontinuierlich. Die Insolvenzverfahren in Thüringen nehmen kontinuierlich zu. Dem Klima hilft das nicht, es schadet ihm sogar. Klimaschutz geht nur mit globalen Nachahmern, nur mit Innovationen. Deshalb wollen wir Klimaschutz mit marktwirtschaftlichen Anreizen.

Die Politik hat das Ziel einer strukturellen Steuerreform, weniger Bürokratie und eines nachvollziehbaren Generationenvertrages aus den Augen verloren. Immer mehr werden die vielen Belastungen unseres Verwaltungs- und Steuerrechtes sowie der vielen Regulierungen - welche angeblich Gerechtigkeit und Verbraucherschutz verbessern sollen - zu einem Nachteil für die Bürger, für den Wirtschaftsstandort, für die Sicherungssysteme. Wir brauchen endlich wieder wenige aber leistungsfähige Einnahmequellen für den Staat statt Unübersichtlichkeit und ordnungspolitische Sündenfälle, die aus der Komplexität der Systeme zwangsläufig entstehen.

Innovationen sichern unseren Wohlstand. Deutschland ist auch als Forschungsation herausgefordert. Damit wir im Wettbewerb mit den innovationsstarken Ländern auch künftig bestehen können, muss der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am BIP gesteigert werden. Deutschland liegt im internationalen Vergleich (Global Innovation Index 2024) nur noch auf Platz 9. Damit gerade Unternehmen mehr in Forschung investieren, wollen wir eine steuerliche Forschungszulage einführen, von der Mittelstand und Startups besonders profitieren. Aus exzellenter Forschung muss mehr Wertschöpfung entstehen. Deswegen muss bei allen Förderinstrumenten der Transfer im Mittelpunkt stehen. Strukturwandel muss durch Vernetzung regionaler Akteure innovationsbasiert gestaltet werden. Die erforderliche Fachkräftesicherung muss u.a. durch eine Stärkung beruflicher Ausbildungsstätten, eine Ausweitung von Anwerbungskampagnen für ausländische Fachkräfte und geeignete Maßnahmen wie das Thüringen Stipendium zur Verbesserung der Verbleibstatistik von Hochschulabsolventen intensiviert werden.

Die Umsetzung von Infrastrukturprojekten dauert in Thüringen zu lange. Ob Radwege, Bahnstrecken oder Straßen: Planung und Genehmigung sind zu kompliziert. Das lässt immer mehr Menschen an den bisherigen Verfahren zweifeln. Um die Akzeptanz für die Berücksichtigung von Umweltbelangen und Bürgerbeteiligung zu erhalten, bedarf es einer grundlegenden Reform der Planungsprozesse und eine Beschleunigung der verwaltungsgerichtlichen Verfahren.

Die Union darf sich von keinem Koalitionspartner, egal wie notleidend oder selbstbewusst er ist, an der Nase herumführen lassen. Sie muss als letzte Volkspartei und Partei der Sozialen Marktwirtschaft ihren inhaltlichen Führungsanspruch geltend machen. Sie darf sich nicht bei den politischen Inhalten erpressen lassen, um Stabilität für Deutschland oder für Thüringen zu gewährleisten. Sonst wird gerade diese alsbald von den Rändern her immer stärker in Frage gestellt.

Gerade bei der aktuellen politischen Situation auf Bundes- und Landesebene braucht die Union den Mut zur inhaltlichen Führung unseres Landes. Sie braucht Mut zu einem klaren Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Idee der Freiheit, um Wohlstand für alle und soziale Sicherheit auch in Zukunft in Deutschland möglich zu machen.

Sie muss wieder mehr Ludwig Erhard wagen!